

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1905

114 (17.5.1905)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abhängen abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.02 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Dinslakenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postverteilung: Nr. 8144. Erscheinungsort der Redaktion: 12-1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Sozial-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Gedruckte Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8-1 Uhr und nachmittags von 2-1/2 7 Uhr.

Nr. 114.

Karlsruhe, Mittwoch den 17. Mai 1905.

25. Jahrgang.

Saarabien vor Gericht.

1. Verhandlungstag.

(Vormittags-Sitzung.)

Trier, 15. Mai.

Heute Vormittag 9 Uhr begann vor der Strafkammer des 1. Landgerichts hierorts der Verleumdungsprozess gegen den gemauerten Bergmann Karl Krämer. Zu den Verhandlungen, welche ca. 10 Tage dauern dürften, wurde der Schlichtergerichtssaal benützt, der sich aber auch als klein erweist.

Der Gerichtshof setzt sich zusammen aus den Herren Landgerichtsrat Schreiber als Vorsitzender, den Herren Dr. Braun, Landgerichtsrat Eichhorn, Landgerichtsrat Lohmann und Dr. Simon als Beisitzer, sowie Dr. Hillger als Vorsitzender. Die Staatsanwaltschaft vertritt Staatsanwalt Dr. Kaug. Als Rechtsanwälte des Verleumdeters Hillger fungieren die Rechtsanwälte Dr. Trier, Zweiförden und Lanzer. St. Johann. Als Nebenkläger des sich beleidigt fühlenden Beamten ist der Herr Hillger nicht mehr Vorsitzender der Bergwerksdirektion ist, Herr Geheimrat Krümmel zugelassen, der aber nicht erschienen ist. Rechtsbeistand ist auch hier Rechtsanwalt Lanzer. Verleibiger des Beklagten ist der Reichstagsabgeordnete Wolfgang Heine.

Der Zeugenaufruf ergibt die Anwesenheit von 27 Zeugen. Es sind ca. 150 Zeugen vorgemerkt, welche in einzelnen Gruppen geladen werden sollen. Der nun zur Verlesung gelangende Eröffnungsbescheid gibt bekannt, daß der Angeklagte hinsichtlich der Verleumdung durch zwei Flugblätter, von denen das erste den Titel „Saarbergmann wache auf“, das zweite „Saarbergmann höre“, trägt, in welchen er seine Kameraden zum Beitritt in den Bergarbeiterverband auffordert, durch die darin gemachten Angaben und gezogenen Schlüsse die Bergwerksdirektion sowie die übrigen Beamten beleidigt zu haben. Zur Anwendung gelangen die §§ 185, 86, 87 des Reichsstrafgesetzbuches, sowie § 20 des Verleumdungsgesetzes.

Nach Verlesung tritt das Gericht in die Verlesungsaufnahme ein.

Vorsitzender: Sie sind der Bergmann Karl Krämer, geboren am 27. März 1869, verheiratet, laienhaft.

Angeklagter: Ja.

Vorsitzender: Sie sind die beiden Flugblätter verfaßt, oder haben Sie nur Ihren Namen dazu hergegeben?

Angeklagter: Ich habe die Flugblätter verfaßt. Es sind nur kleine redaktionelle Änderungen vorgenommen worden.

Vorsitzender: Wer hat die Kosten für den Druck bezahlt?

Angeklagter: Der Bergarbeiterverband.

Vorsitzender: Warum sind Sie von der Grube entlassen worden?

Angeklagter: Weil ich eine Bergarbeiterverleumdung in St. Johann bestreitet habe.

Vorsitzender: Diese Verleumdung zu bestrafen war doch von der Bergwerksdirektion befohlen worden?

Angeklagter: Ja.

Vorsitzender: Sie haben das Flugblatt im Auftrag des Verbandes verfaßt, nachdem Sie entlassen waren. Können Sie mir etwas über den Verband sagen?

Angeklagter: Der Verband hat das Bestreben, die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder zu heben. Politische und religiöse Erörterungen sind ausgeschlossen.

Vorsitzender: Ist der Verband ein eingetragener Verein?

Angeklagter: Ja.

Vorsitzender: Der Herr Angeklagte meint damit nur, daß der Verband behördlich angemeldet ist, ein eingetragener Verein ist er nicht.

Auf die Frage des Vorsitzenden, welchen Zweck er mit den Flugblättern verfolgen wollte, erklärte der Angeklagte, daß er die Absicht gehabt habe, seine Kameraden in Saarabien auf die Notwendigkeit der geordneten

Organisation aufmerksam zu machen, mit deren Hilfe er eine Verbesserung in der Lebenslage der Arbeiter erwarte, was überall dort, wo der Bergbau erstarkt ist, bessere Löhne und Arbeitsverhältnisse bedeuten, als bei uns. Eine einzelne Person konnte und wollte er nicht treffen, da die einzelnen Beamten kommen und gehen, ohne daß die Verhältnisse anders werden; auch in dem Ausbruch „Vergewaltigt“ kann ich keine Verleumdung erblicken.

Vorsitzender: Woher wissen Sie, daß die Bergarbeiter vergewaltigt und unterdrückt werden?

Angeklagter: Aus meinen eigenen Erfahrungen und Beobachtungen und aus den Erlebnissen meiner Kameraden.

Vorsitzender: Sie geben da an einer Stelle in den Flugblättern als Quelle eine Rede des Landtagsabgeordneten Marx an. Hatten Sie denn Kenntnis von den Reden des Marx?

Angeklagter: Kenntnis hatte ich wohl, aber ausführlich verfolgt habe ich nur den ersten Prozess, habe auch das Urteil der anderen Prozesse gelesen, aber ohne Kenntnis von der Unterlage des Prozesses zu haben.

Auf weitere Frage bezüglich der einzelnen, in den Flugblättern gedruckten Redewendungen erklärt der Angeklagte, er verleihe unter Mischung der Arbeiter, daß man den Arbeiter verbot, Vereinen beizutreten, welche den Beamten nicht paßten, ihnen das Halten und Lesen bestimmter Zeitungen verbot und den Besuch der Versammlungen mit Entlassung bestrafte.

Auf die Frage bezüglich der Löhne bemerkt der Angeklagte weiter: Die Löhne sind gesunken, trotzdem die Löhnerpreise gestiegen sind. Im Jahre 1891 betrug der Durchschnittslohn 3,89 Mk. bei einer Leistung von 27,0 Tonnen und einem Ueberflus von 7,589 094 Mk., im Jahre 1902 dagegen betrug der Lohn 3,57 Mk. bei einer Leistung von 307,0 Tonnen und einem Ueberflus von 19 020 204 Mk.

Vorsitzender: Sie behaupten in den Flugblättern weiter, daß Kaufleute von Arbeitern mit trockenem Brot und ungeschmelzten Kartoffeln leben müßten, wie wollen Sie das beweisen?

Angeklagter: Bei den Löhnen ist es doch wohl selbstverständlich, daß sich der Arbeiter sehr einschränken muß, bei starken Familien kann die Lebenshaltung nur eine sehr gedrückte sein.

Vorsitzender: Wie will denn da aber der Verband helfen eingreifen? Wie will er namentlich auf die Unfälle usw. einwirken?

Angeklagter: Die Mitglieder werden in Versammlungen und durch das Organ des Verbandes, die „Bergarbeiterzeitung“, über alles, was in Betracht kommt, belehrt.

Im weiteren fragt dann Rechtsanwalt Heine, ob nicht die „Bergarbeiterzeitung“ bei der Verwaltung der Bergarbeitervereine und Vorbeugungsmittel empfohlen habe und so auf die gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeiter einzuwirken sucht, was der Angeklagte bejaht.

Bei der Frage über die Bedingungslosigkeit, ob das nicht generell geregelt sei, erklärte der Angeklagte, daß wohl Bestimmungen darüber bestehen; so sollte bis zum 10. d. M. das Bedingungslosigkeitsgesetz in Wirksamkeit sein, das aber nicht so gehandhabt, namentlich bei Zusammenbrüchen kommt es darauf an, ob der Steiger diese Arbeiten im Lohn fertigstellen lasse, oder, daß er erklärt, das gehöre zum Gehilfen.

Der Sachverständige Kanjer glaubt nicht, daß der Steiger diese Arbeit habe.

Hilger erklärt, der Steiger habe nur gutachtliches Urteil, nicht aber Entscheidungen zu treffen.

Angeklagter: Es sind aber doch genug Fälle bekannt, wo der Steiger Leute bestraft hat, die seiner Ansicht nach nicht ihr Soll geleistet haben.

Sachverständiger Kanjer geht dann des Näheren auf die Art ein, wie die Arbeiten im Bergbau geregelt werden.

Rechtsanwalt Lanzer fragt, ob der Angeklagte nicht wisse, daß der Verband sozialdemokratisch ist, worauf Krümmer erwidert, daß der Verband ebensojenseitig sozialdemokratisch ist, wie die Bergarbeiterverwaltung national-liberal. Es seien wohl im Vorstand einige ihm bekannte Sozialdemokraten, ob aber der Kontrollratsvorsitz sozialdemokratisch ist, kann er nicht

sagen. Hilger fragt den Angeklagten, ob er nicht Monate geholt hat, in denen er 189, 196, 127, 100, 145, 143 Mark verdient habe; der Angeklagte erklärt, daß er entsehbare Beiträge, 160 Mark verdient zu haben. Ich habe aber auch Monate gehabt, wo ich 80-85 Mark verdient habe.

Auf die Frage des Rechtsanwalts Trier, wenn der Verband keine Politik verfolgt, warum er dann in den Flugblättern die politische Entwertung der Arbeiter in den Vordergrund gestellt habe, erklärte der Angeklagte, daß doch auch der Arbeiter eine politische Meinung haben dürfe, und um diese zum Ausdruck bringen zu können, müsse die Meinungsfreiheit geschützt sein.

Der Sachverständige Kanjer gibt eine längere tabellenmäßige Aufstellung der Löhne, muß aber zugeben, daß die Angaben in den Flugblättern richtig sind.

Rechtsanwalt Heine stellt dann noch fest, daß von einer fortgesetzten Steigerung der Löhne nicht gesprochen werden könne, da diese Steigerung in den letzten zehn Jahren 2 Pfennig pro Schicht ausmache.

Hilger wird als Zeuge vernommen und erklärt die Organisation der Zeche, in Betracht kämen 25 bis 26 Obersteiger, 7-800 Steiger. Er vergleicht die Steiger mit Unteroffizieren, die Obersteiger mit Feldwebeln, die Schichtarbeiter mit Rekruten, die Zeche mit dem im zweiten Jahre dienenden, und die Zeche mit den im dritten Jahre dienenden Mannschaften.

Seine befragt nach die Abgabe einer Reihe neuer Zeugen, worüber sonderbarerweise die Rechtsbestände Hilgers diesmal nichts einzuwenden haben.

Die Führung der Verhandlung steht in wohlwollendem Gegenatz zu der ersten Verhandlung. Auch der große Stab von Beamten, mit denen sich Hilger im ersten Prozess zu umgeben beliebt, fehlt. Die gegenwärtige Direktion ist, obwohl Nebenkläger, nicht anwesend, wohl weil der öffentlichen Eindruck der ist, daß Hilger und seine Getreuen für eine verlorene Sache kämpfen.

Politische Uebersicht.

St. Wahlrechtsraub in Hamburg.

Während sich die politische Welt mit der Frage beschäftigt, ob im Jahre 1894 wirklich eine zeitweilige Aufhebung des Reichstagswahlrechts geplant gewesen sei, haben sich die reichen Herren der freien Stadt Hamburg gerührt, um dem Reich die leuchtendsten Beispiele dafür zu geben, wie auch herrschende Parteien durch die gewaltsame Abschneidung des Volksrechts das Wahlgeld verringern können. Der Hamburger Senat hat eine Vorlage ausgelegt, wonach die eine Hälfte der Bürgerchaft nicht mehr nach gleichem Wahlrecht, sondern nach einem dem preußischen System nachempfundenen Dreiklassenwahlrecht gewählt werden soll.

Wie war der Zustand bisher, wie soll er werden? Die Republik Hamburg erhält ihre Gesetze durch einen Senat und eine Bürgerchaft. Die letztere besteht aus einem Viertel aus den Gewählten der Grundbesitzer, zu einem weiteren Viertel aus den Abgeordneten der „Notablen“, d. h. der Mitglieder der Gerichte, Verwaltungsbeförden und Handelskammer; die zweite Hälfte, d. h. 80 Mann werden von den Hamburger Bürgern gewählt. Hamburger Bürger kann man aber nur sein, wenn man fünf Jahre ununterbrochen in Hamburg gelebt und fünf Jahre lang ein Einkommen von 1200 Mk. verzeichnen hat. Von einem allgem. Wahlrecht kann also in der Republik der Pfaffenstädte schon heute keine Rede sein — denn rechtlos sind in ihr alle Proletarier, die weniger als 1200 Mk. jährlich verdienen, rechtlos alle, die noch nicht ganze fünf Jahre auf dem Boden dieser Republik gewohnt haben, oder die die Sorge ums Brot ihren Aufrechten zeitweilig zu unterbrechen zwang. Noch weniger ist das Hamburger Wahlrecht gleich, wie man bereits gesehen hat und am allerwenigsten ist

die Hamburgische Verfassung demokratisch oder auch nur liberal zu nennen, da sie dem Privilegienparlament der Bürgerchaft noch einen Senat aufzupropfen, dem allein das Recht der Initiative zusteht, und der noch mit besonderen Vorzügen ausgestattet ist.

Trotzdem ist dem Senat der freien Stadt Hamburg die Angst ins schlotternde Gebiete gefahren, daß der politische Einfluß der arbeitenden Bevölkerung höher steigen könnte, als es für die Interessen der Kapitalisten dienlich wäre. Und darum soll der Stabschef Dr. Schömann, der jetzt schon die ungeheure Masse der Bevölkerung von der Regierung fernhält, vorsichtigerweise noch um einige Reihen verstärkt werden. Bei den allgemeinen Wahlen soll künftig das Land acht (statt sieben), die Stadt zwei- und siebenzig (statt dreißig) Bürgervertreter wählen. Die Wähler der Bürgerchaft sollen aber in drei Gruppen geteilt werden, deren jede vierundzwanzig Vertreter zu wählen hat. Die erste Gruppe soll alle Steuerzahler bis zu 3000 Mk. Einkommen, die zweite jene mit mehr als 3000 Mk. bis 6000 Mk. Einkommen, die dritte jene mit mehr als 6000 Mk. Einkommen umfassen. Wie zum Hohne auf die Demokratie bestimmt die Senatsvorlage weiter, daß die Wahlen innerhalb der einzelnen Klassen nach dem Proportionalwahlsystem erfolgen sollen. O Gerechtigkeit! Die Wählerliste soll nicht unterdrückt werden — in der Wählerliste bis zu 3000 Mk. Denn hier lassen sich, wenn alles gut geht, vielleicht noch ein paar Kleinbürger- und Beamtenstimmen zum Nutzen der herrschenden Klasse verwerten.

Das ist Hamburger Rezept! Und die es verfaßt haben, heißen nicht Eulenburg und nicht Hammerstein, nicht Mirbach und nicht Mantuffel, sie sind keine ostelbischen Junker, gegen deren reaktionäre Pläne das liberale Bürgertum, wenn man seinen Zeitungen und seinen Wahlschriften glauben darf, mit dem Rute der Verweigerung kämpft — nein, es sind bürgerliche Herren, freimütige Herren, liberale Herren, Repräsentanten von „Witz und Bildung!“ Die Konterbattinen, die (freilich auch mit Hilfe der Liberalen) den schärfsten Wahlrechtsraub vollzogen, haben in Hamburg nichts zu sagen. Man kann sich über die in Hamburg herrschenden Parteienverhältnisse, die ja aus den Bürgerchaftswahlen nur in ihrer größten Verzerrung erkennbar sind, nach den allgemeinen Reichstagswahlen am besten orientieren. In Hamburg wurden, abgesehen von ein paar verstreuten Zentrums- und Antisemitenstimmen, abgegeben: 22 046 sozialdemokratische und 9445 freimütige Stimmen, in Hamburg-West 25 713 sozialdemokratische und 8542 freimütige Stimmen, in Geest- und Marschland 52 353 sozialdemokratische und 36 618 liberale Stimmen. Einer großen sozialdemokratischen Mehrheit von rund 100 000 Stimmen stehen also etwas über 50 000 freimütige und liberale Stimmen gegenüber. Jene Parteien, die in der Sprache des Liberalismus einzig und allein die „reaktionären“ heißen, kommen in Hamburg überhaupt nicht in Betracht.

Wenn nun die konterbattinen „Reaktionäre“ ihren Feldzug gegen das allgemeine Reichstagswahlrecht weiter fortführen, mit welchen Grinden wollen ihnen der todesmutige Liberalismus begegnen. Haben, nachdem die Hamburger Schandtat nur versucht, nicht ausgeführt worden ist — denn da hat es noch lang hin! — die bürgerlichen Parteien überhaupt noch ein Recht, sich dem konterbattinen Scharfmachertum gegenüber als die Hüter der bedrohten Volksfreiheit aufzuspielen, oder werden sie nicht schamvoll verstummen müssen, wenn ihnen von der rechten Seite der Name Hamburgs entgegengerufen wird? Die „Nationalzeitung“

Diamantstadt.

Roman von Hermann Heijermans.

(Fortsetzung.)

Wenn Cleazar je einen reichen Kerl ermordete, bestahl, würde er keine Gewissensbisse darüber empfinden, er gebe alles den Armen, bestelle seinen Cent für sich. Warum ließ Dostojewski seinen Selben Gewissensbisse bekommen? Warum? Wenn er es tat — und ihm würde er es — dann konnte ihn kein Zudengott daran verhindern. — (Bis) — Dieser Gott war nichts als ein Sinterklaffen, war einer, der herumfuerte und lachte, — war ein elendes Menschenmensch — war ein Tyrann, der einen wie einen Hund verwaltete, wenn man ihn nicht leiden mochte — war ein postlicher Kolporter, der schon früher, vor vielen Jahrhunderten, den Juden Jesu mit seinen Strafen, seinem Fluchen, seinen Drohungen aus dem Denteronionem geschlagen hatte. Verriet, daß die Christen nicht daran dachten, daß sie der Zudengott für immer in Qualen und Stränkheit gefesselt hätte! — Nein, er würde keine Gewissensbisse kennen, keine Schuld, keine Buße, wenn er mal Mache nahm! Ein „Kapitalist“ mehr oder weniger — da krähte kein Gahn darnach! In Amerika hatte der jugendliche Heijermans das hohle Geschwätz ohne Aidenmarkt langsam verlernt; sein jugendlicher Eifer war zum besonnenen Widerstand geworden, sein trügerischer Raufsch zu einer durch Denken gemäßigten Leidenschaft, sein Haß gegen den jüdischen Gott zu simplen Mitleid mit den Menschen.

Manchmal machte wohl sein Groll wieder auf, manchmal witterte er in jeder Kirche ebenso viel armselige Unterdrücker — manchmal, wenn er Gottesdienste in ihrem Drang nach neuem Leben sah, wie unser Weihnachtsfest gefeiert; an jenem Tage werden besondere Klagen gelehrt.

In ihrem Ringen nach Verjüngung, konnte er sich kaum das Gebet und Geummel und Gepredige aller Art als eine ehrlche Sache, als etwas Wirkliches vorstellen. In das Erwachen der Arbeiter glaubte er nun wie an das Wachstum einer Pflanze. Ungeduld, Mut und Ungehörigkeit ließen keine Knospen reifen. Bis eine Eiche ihre Krone hoch in die Lüfte streckt, bis sich Zweige und Äste breiten, gehen Monate und Jahre dahin. Der Natur liegt liberaler Wiedergeburt zugrunde, und die Gottesdienste hält die Glieder dieser Kette zusammen. Durch Noheit und Unverstand werden Wurzeln zertreten. Die schöne Aufgabe ist das Behüten der Triebe, das Vernichten der Nuppen, die Wälder und Wälder wegstreifen. Noch waren die Arbeiter selbst die furchtbarsten Feindtr. Schönlieb, der Deutsche, hatte recht: dies war die Zeit der Macht, der die keine Macht haben sind. Es gibt nur eine Macht — eine natürliche Macht — eine göttliche Macht, die noch mit sich selbst zu ringen hatte.

Sinnend starrte Cleazar ins Weite. Die Fabrikwand mit ihren dunstigen Fenstern bekam durch das Grau der Wolkeln eine marmorene Stille, eine wogende Masse, eine durchsichtige Zartheit, als ob sie kein Gebäude aus Stein und Zement wäre, sondern ein Traumgebilde aus Nebel und Dunst. So sah man manchmal wohl die Straßen aus, wenn letztes Sonnenrot zerbläutet darüber hinflutet.

Als er langsam hinwanderte, begegnete er nach bei der Schule Rebekka, der Tochter Poddys. Sie sahen einander täglich bei Lichte, bei Regie, bei dem Zigarrenrauchen oder auf der engen, narrenden Treppe, gewöhnt an die Schäfte des Hauses, an das Halbdunkel der Zimmer, empfanden sie ein gewisses Befremden, einander auf der Straße zu begegnen, das stärker zerklebernd wirkte. Sie erschienen kleiner neben den Häusern, den Mauern — er kam ihr bleicher, unbekannter vor. Er mußte sich erst an ihr verändertes Aussehen gewöhnen.

Die hübsche, schwarze, kleine Jüdin mit ihrem

lofen, frauen, üppig vollen Haar trug ein verächtliches Kleidchen mit braunen Tupfen auf matt lilä Streifen. Für ihre siebenzehn Jahre war sie voll ausgewachsen, überreif, mit den Brillen einer Frau, was ihr nicht stand, was ihren Körper älter erscheinen ließ. Das Fremdartige, Anziehende-Beängstigende an ihr waren die Augenbrauen, die, üppig gewachsen, samtartig über der kleinen, nicht gebogenen Nase ineinander übergingen. Das gab ihrem Gesicht etwas Nachdenkliches, Ernstes, und zugleich bei jedem Lachen, jedem Verziehen eine prädelnde Mitterheit. Glänzten ihre Augen voller Fröhlichkeit, dann ließen die schwarzen Brauen stärker ineinander über, verdorrten plusterig, wollig wie eine silbige Duffel mit rauh sich ausbreitenden Knäffeln. Lachte sie nicht, glättete sich ihr Antlitz wieder, dann schimmernten die Brauen wie Samt. Eulen hatten das gerade so und manchmal auch Katzen. Wenn sie ihre Augen geschlossen hielt, fiel es nicht so sehr auf. — Es gibt ihr etwas Gedrücktes, meinte er, lächelnd an Lante Reggies Neben denkend, daß solche Haare über den Augen unglück bräuhren: bei jedem Winne sie sich danach erkundigen, wenn er's ihr nicht glaubte.

Sie ließ glerig von einer angefallenen Apfelsine, die sie für einen halben Cent gekauft hatte, und spie die Schale und die faulen Stellen aus. Der Saft tropfte über das Kinn und befudelte die verhärmte Nase.

„Lag“ sagte sie verlegen, die Lippen naß und voll Apfelsinensaft.

„Kommen Sie auch wegen der Schule?“ fragte er. „Mein Schwesterchen abgeholt.“ Lachte sie, vor ihm hülfend. Es war etwas Freches in ihren Augen.

„Gibt ein Schwesterchen von Ihnen zur Schule?“ fragte er, weiter schreitend, auf den Schmutzrand seiner Schuhe blickend. Sie setzte es ihm aus, während sie an der angeblissenen Apfelsine lutschte und die Kerne gerade vor sich hin spie. Bobdy ging meistens selbst. Heute war er liegen geblieben. Es hatten sich Wöher in seiner Hüfte gebildet, und das eine Bein war steif und hart

geworden, wie Holz. Sein Unterzeug hatte schon lange voll Blut gegeben, ohne daß er geflagt hatte. Er hatte die Schwären mit Bret aus Kreulen alten Roggenbrots behandelt, aber sie wurden größer, und nun brachen sie auf seiner Hüfte auf; man wurde lächel, wenn man es sah, so viel rohes Fleisch — widerlich! In die Apfelsine beißend und das gelbe Fleisch zerknecht, erzählte sie verlegen lachend, scherzend — ungewöhnt, mit einem fast Fremden zusammen im Tageslicht zu gehen. Scheu sah sie mal auf nach seinem Gesicht, laute Schale, spie sie aus und schmeißte dann wieder, bis sie an die Schule kamen. Die Tür stand angelehnt. In der Vorhalle war niemand.

„Wir werden schön warten müssen,“ sagte er. Sie folgte ihm leise lachend, als ob sie etwas äte, was sich nicht schickte. Draußen spritzte noch immer der Regen nieder. Cleazar gähnte, rieb sich die taften Hände, lehnte sich an eine Säule und lautete dem schwachen Gesumme, das über und neben ihm von Wand zu Wand hallte, liberal ein Echo zu finden schien, liberal widerwärtig von fernem Kindergeräusch. Sie stand ihm gegenüber, blühte zu Boden und spielte mit ihrem einen Schuhband, das klackknack über das Holz schleifte und dort schlafte, feuchte Figuren zog. In dem Halbdunkel sah er das Gesicht ihrer Augen am stärksten, die schwarze wulstige Augenbrauenlinie, das alberne Lachen. Wenn sie aufsch, sah sie ihn töricht an, wenn sie niederlah, verriet der ganze Ausdruck ihres Gesichtens, daß sie wußte, wie sie betrachtet wurde, und daß sie das wohl verriet fand, recht verriet aber nicht nach. „Mensch.“ So ein Versteckspiel, so ein Anflug von Lachen und das lächelnde Umherirren der Augen unter den düsternen Brauen wirkte wie eine Erinnerung; seine Augen zerlegten begehrtlich ihre Formen in dem engen, anliegenden Zeug. Die Dämmerung verließ ihr einen gewissen Reiz, so wie sie Dinge bei Nacht haben, Bäume bei Nacht, Häuser bei Nacht.

(Fortsetzung folgt.)

Karlsruhe, 17. Mai.

An die Frauen! Majestät und Schillerfesten sind vorüber. Festtag und Festmahl sind vorüber. Viel wurde in diesen Tagen geredet, geschrieben und getrunken von Ehen und Ehen, das in der Weichen Brust wohnen soll, von der jüngeren, glücklicheren Zukunft, um welche die Weichen ringsum mit den schönen Reden, den schwingenden Gestalten und den begeisterten Festgebeten nicht genug ist, der wird jetzt an's Werk gehen, um das Gelingen und Gelingen derer, die es mit dem armen Volke geteilt und ehrlich meinen, zu verwirklichen. Um all die Not, das Elend unserer heutigen Zeit zu beseitigen, bedarf es eines ununterbrochenen Kampfes gegen eine Welt von Feinden, die sich dem Fortschritt entgegenstellen. Dazu zum Kampf sind aber nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen des arbeitenden Volkes, berufen. Der Mann ist nicht allein der Elende des Kapitalismus, nicht er allein ist gedemütigt und ausgebeutet, auch die Frau, und diese oft noch weit mehr als der Mann, sieht den Druck, das Elend, das die Kapitalherrschafft heraufbeschworen hat. Muß nicht gerade die Arbeiterfrau sich von frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein abtadeln, muß nicht sie in so vielen Fällen neben der Sorge um den Haushalt, um die Erziehung der Kinder auch noch einen Teil der Sorge um den Erwerb übernehmen, also doppelt und dreifach Last tragen? Ferner, es ist ein trauriges Los, das der Arbeiterfrau beschieden ist. Darum soll sie aber nicht verzagen. Auch sie muß kämpfen, damit es besser werde. Aber wie die Arbeiterfrau kämpft und schließlich das Elend unter der heutigen Ordnung der Dinge an sich selber und an den Kindern erkranken muß, der sollte dieser sog. Ordnung den Krieg erklären. Auch sie Selbstbewußtsein, noch ist Weisenswürde genug in den Frauen des arbeitenden Volkes vorhanden, um sie fähig zu machen zur Mitarbeit an dem großen Freiheitswerke. Die Frauen müssen wie die Männer sich organisieren. In den Organisationen werden sich die Frauen gegenseitig aufklären und aufmuntern. Doch ist bei vielen Arbeiterfrauen eine gewisse Scheu vor dem Besuch von Versammlungen wahrzunehmen. Das muß überwunden werden. Am kürzesten haben die Frauen der Bergarbeiter, aufgeklärt durch die Realitäts des Kapitalismus, zu Lande sich versammelt, im heftigsten Kampf mit den ruffischen Völkern gegen den gewöhnlichen Sozialismus haben die Frauen als mutige Kämpferinnen sich erwiesen. Warum sollten Frauen gerade bei den proletarischen Kämpfen zurückbleiben, warum sollten gerade bei uns die Frauen müßig die Hände in den Schoß legen, wo es gilt, dem Volke der Arbeit eine bessere Zukunft zu bereiten? Darum herbei, ihr Frauen, in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen! Mitgekämpft und mitgearbeitet, damit wir vorwärts kommen. Lebet die Arbeiterblätter, lebet besonders die für die proletarischen Frauen bestimmte Zeitung, die „Gleichheit“. Daraus lernt, daraus schöpft Mut und Vertrauen. Ihr dürft nur wollen und ihr könnt so vieles vollbringen, ihr könnt ein gut Stück Weges uns vorwärts bringen, wenn ihr den Männern euren Willen leihst zum großen Werk, das auch selber, euren Kindern, dem ganzen Volke zum Segen gereichen soll. Drum vorwärts zum Kampf, ohne Kampf kein Sieg!

Aus der Brauerei des Herrn Kommerzienrats und Stadtrats Höpfer. Schon häufig hörten wir Klagen über die Behandlung, welche den Brauereien in der hiesigen Brauerei zuteil wird. Der Herr Brauereibesitzer Braun und der Brauereiführer Ried überließen sich geradezu darin, die Arbeiter mit allerhand hier nicht überzubeherrschenden Ausdrücken zu traktieren. Erlaubt sich ein Arbeiter einmal, auf die Verleumdungen der Herren Vorgesetzten Antwort zu geben, so kam der Arbeiter sehr in Unwillen; seines Weibchens ist dann nicht mehr im Höpfer'schen Betriebe. Obendrein kam es dann sehr oft einem Arbeiter vor, daß er nicht mehr als ein Arbeiter angesehen wurde, sondern als ein Mensch, der sich nicht zu wehren brauchte. Das Verhalten der Vorgesetzten wurde, was dem Arbeiter getätigt wurde mit dem Bemerkten, daß er, wenn er sich während der Abmündungszeit nicht ganz gut verhält, sofort entlassen werde. Demnach muß der Arbeiter sich alles gefallen lassen und er darf nicht meckern, sonst fliegt er auf's Pfahlfeld. Der Herr Kommerzienrat möchte gerne als Arbeiterfreundlicher Mann gelten. Da sollte er aber doch zunächst dafür sorgen, daß die Leute, die er als Vorgesetzte in seinem Betriebe bestellt, wenigstens den allergeringsten Anstand gegenüber den Arbeitern wahren und diese nicht mit Redensarten traktieren, welche anständigen Leuten überhaupt nicht über den Mund kommen. Die Arbeiter sollten eigentlich, wenn sie von den Herren Brauereibesitzer oder Brauereiführer beleidigt werden, von dem jeweiligen ihnen zustehenden Rechte des sofortigen Austritts aus der Arbeit Gebrauch machen. Dem Herrn Kommerzienrat würde dann bald klar sein, daß es sehr notwendig ist, in seinem Betriebe Remedur zu schaffen.

Ein neuer Bierbrunnen gelangte in den letzten Tagen vor der kleinen Kirche zur Aufstellung. Der Brunnen ist im Auftrag der Stadt hergestellt; er wird geföhrt von einer in den Anlagen des Hofes, welche das Wasser in einer Metallföhre aufhängt, aus der es in eine große Granitföhre fließt. Die Steinleitung, Steinbauwerk und Aufstellungskosten wurden von der Steinbauerei von Heinrich Kromer hier ausgeführt; die Brunnenfigur wurde von Bildhauer Konrad Taubert modelliert und in der Bronzegießerei von Paul Stoßberg Stuttgart gegossen. Die Installation des Brunnens besorgte das Installationsgeschäft von Konrad Schöwarz. Die Kosten des neuen Brunnens, aber geschätztenfalls 1000 Mark, werden sich auf rund 9000 Mark belaufen. Der Brunnenschacht ist 100 Fuß tief und hat einen Durchmesser von 10 Fuß. In 40 Fuß Tiefe wurde ein 10 Fuß langer Brunnenbohrer eingesetzt, um das Wasser zu fördern. Die Kosten des Brunnenbohrers betragen 2000 Mark. Die Kosten der Aufstellung des Brunnens betragen 1000 Mark. Die Kosten der Installation des Brunnens betragen 1000 Mark. Die Kosten der Installation des Brunnens betragen 1000 Mark.

Der Reichstag hat die hiesigen Eisenbahnen für das Jahr 1904 wie folgt: Einlagen 6 584 984 Mk. 72 Pf., in 40 390 Pfosten gegen 5 190 000 Mk. 62 Pf., in 44 393 Pfosten im Jahre 1903; Ausgaben 6 879 674 Mk. 81 Pf., in 28 758 Pfosten gegen 5 987 723 Mk. 84 Pf., in 28 770 Pfosten im Vorjahre. Die Zahl der Einleger betrug Ende 1904 28 698. Ein neues Vertragsverbot ist dem jüngsten deutschen Reichstag Karl Schaffmann ausgeteilt worden. Das Groß-Verkehrsamt hat Schaffmann die Abhaltung eines am Montag kommenden Woche in Aussicht genommenen Vortrags bei Verdienen hoher Geld-Verbote unterlag. Das neue bezirksamtliche Verbot unterlag sich von der früheren, durch das Groß-Verkehrsamt aufgehobenen Verfügung, dadurch, daß es in bestimmter Form gehalten, den einzelnen Vortrag verbot, wozu die Polizeibehörde gemäß § 63 V.-St.-G.-B. berechtigt ist. Von einer Lage oder Verbotswerte hat Schaffmann der vollständigen Ausschließlichkeit auf Verbot eines dieser Rechtsmittel wegen, wie die „Bad. Presse“ berichtet, abgesehen. Wir können das bezirksamtliche Verbot auch in seiner neuen Form nicht billigen. Man hätte doch gewiß möglicheres zu tun, als sich mit Schaffmann zu beschäftigen, dessen Aburteilung man häufig dem Publikum überlassen könnte.

Forstheim, 17. Mai.

K. Schillerfest der organisierten Arbeiterschaft. Am Sonntag Abend versammelte sich die politische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft von Forstheim im „Saalbau“, um in ihrer Weise Schiller zu ehren. Es dürften ca. 1200 Personen, darunter ziemlich

St ein solches Vorgehen in der Strafprozessordnung begründet, so sind die Redaktionen vor solchen Maßnahmen nur durch den rechtlichen Sinn der Staatsanwaltschaft geschützt, die solche Prozeduren gewiß nicht mit Absicht vornehmen werden. Jrgend eine Rechtsgarantie, die den Angeklagten vor solchen immerhin möglichen Schiebungen schützt, besteht aber nicht.

Ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung soll nach der „Täglichen Rundschau“ gegen die Urheber jener Mitteilungen über die Kaiserrede, die von der „Ev. Kirchenzeitung“ veröffentlicht wurden, eingeleitet worden sein. — Diese Rundschau ist völlig ungläubig. Denn wenn auch der von der „Ev. Kirchenzeitung“ veröffentlichte Text falsch gewesen sein sollte, so sind doch ähnliche Texte kaiserlicher Rundgebungen schon in offiziellen Zeitungen veröffentlicht worden, ohne daß diese wegen Majestätsbeleidigung belangt worden wären.

Eine französische Hochzeitsgesellschaft in Berlin? Die französische Regierung soll im Prinzip beschlossen haben, zu der Hochzeit des preussischen Kronprinzen eine Sondergesellschaft zu entsenden. — So erfreulich auch jedes Zeichen einer wirklichen deutsch-französischen Annäherung ist, so kann doch die Teilnahme von Vertretern der französischen Republik an einer rein familiären und höflichen Festlichkeit als ein solches Zeichen nicht betrachtet werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es bei dem „prinzipiellen“ Verzicht bleiben wird, wenn ein solcher — was vorläufig noch bezweifelt werden darf — auch wirklich geschehen würde. Im Grunde steht die Nachricht, die von der ganzen Montagabend-Presse verbreitet wird, einem Aufwuff zum Verwechseln ähnlich.

Husland.

Italien.

Der Prozeß gegen den Exleutnant Modugno wird jetzt in Ferrugia geführt. Modugno steht unter dem Verdacht, seine eigene Frau ermordet zu haben. Von politischer Wichtigkeit aber ist es, daß bei dieser Gelegenheit auch über Modognos Verbrechen in China Beweis erhoben wird. Der Exleutnant hat nämlich vom chinesischen Feldzuge ungeheure Schätze mit heimgebracht, die er sich durch allerhand Gewalttätigkeiten und Verbrechen an Chinesen angeeignet haben soll.

Hus der Partei.

Furtwangen, 16. Mai. Wie den Parteigenossen bekannt ist, findet am 16. Juli in Konstanz ein internationales Parteifest statt. Wir erühen diejenigen hiesigen Parteigenossen, welche sich an demselben beteiligen wollen, baldmöglichst in die bei den Genossen G. Weiser oder S. Niemann aufzuhängenden Listen sich einzusetzen. Um rechtzeitig wegen Platzverknappung nachsehen zu können, ist es notwendig, die nötige Anzahl Teilnehmer festzustellen, weshalb wir die Genossen bitten, hiermit zu antworten.

Furtwangen, 16. Mai. Wir machen auch an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß am Sonntag den 21. d. Mts. im Vorstadtpark eine öffentliche Versammlung stattfindet, in welcher Abg. Eichhorn über die bevorstehende Reichstagswahl sprechen wird. Ein jeder muß sich zur Pflicht machen, für diese Versammlung kräftig zu agitieren. Ebenso wäre zu wünschen, daß sich die Parteigenossen an der Wahlkreisversammlung teilnehmen würden, da bei derselben über die Taktik zu den bevorstehenden Wahlen Stellung genommen wird. Näheres siehe Anzeiger.

Badisch-Rheinische, 16. Mai. Wie den Genossen bekannt sein wird, stellt unsere Partei zu den bevorstehenden Landtagswahlen in allen Kreisen eigene Kandidaten auf. In bereits allen Bezirken ist dies schon geschehen. Dagegen hat der 10. Wahlkreis (Säckingen-Görschen) noch keine Kandidaten getroffen, obwohl die für unsere Partei bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmen zu den besten Leistungen berechtigten. Um auf die Wahl der einzelnen Genossen, das Verzeichnis nachzugehen und mit den Vorarbeiten für den Wahlkampf zu beginnen. Vor allem ist es notwendig, daß sich ein Wahlkomitee für unsern Kreis bildet und die Aufstellung des Kandidaten vornimmt.

Zu diesem Zweck soll am nächsten Sonntag, den 21. d. Mts., vormittags halb 10 Uhr, im Wälderbräu (Knechtzimmer) eine Versammlung stattfinden, zu der die Genossen des ganzen Wahlkreises freundlichst eingeladen sind. Es ergeht hiermit an alle Genossen der Kreis, tüchtig zu agitieren und etwaige Freunde unserer Sache zu der Versammlung einzuladen.

Soziale Rundschau.

Die Berliner Eisenindustrie, die seit einiger Zeit mit den Arbeitgebern über einen neuen Tarif ergebnislos verhandelt, beschloßen gestern Abend, um die günstige Konjunktur nicht vorübergehen zu lassen, sofort in den Streik einzutreten und den Unternehmern einen Tarifentwurf zur Unterbreitung zuzustellen. Es ist dies ein Entwurf, der in gemeinsamer Verhandlung von dem Gewerbezweig ausgearbeitet worden ist, aber nicht die Billigung der Arbeitgeber gefunden hat. Im Streik kommen bei dem Streik 1300 bis 1400 Arbeiter.

Von der internationalen Konferenz für Arbeiterschutz. In der Montag-Sitzung der internationalen Konferenz für Arbeiterschutz sind, wie schon offiziell bekannt wird, folgende Grundzüge eines internationalen Übereinkommens, bez. das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor in der Zündholz-Industrie beschlossen worden: Artikel 1. Vom 1. Januar 1911 an ist die Herstellung, die Einfuhr und der Verkauf von Zündhölzern, die weißen (gelben) Phosphor enthalten, verboten. Artikel 2. Die Urkunden über die Ratifikation sollen spätestens am 31. Dezember 1907 hinterlegt werden. Artikel 3. Die Regierung von Japan wird eingeladen werden, bis zum 31. Dezember 1907 den Beitritt zu diesem Übereinkommen zu erklären. Artikel 4. Das Übereinkommen tritt in Kraft, wenn die auf der Konferenz vertretenen Staaten und Japan beigetreten sind.

Gerichtszeitung.

Karlsruher Strafkammer I. (Sitzung vom 15. Mai). Die Berufung des Kaufmanns Friedrich Josef Kaiser aus Karlsruhe, gegen den das hiesige Schöffengericht wegen Beleidigung eine Geldstrafe von 15 Mk. ausgesprochen hatte, wurde als unbegründet verworfen. Am Abend des 7. Dezember wurde Ede der Anwalterin Karlsruher hier der Stillschreiberin Schwarze von einer mit übermäßigem Gehörwandel die Karlsruher herkommenden Drohbriefe überfanden. Die Verlesungen, die Schwarze hierin dadurch erlitt, waren ziemlich erhebliche; er trug einen Druck des rechten Unterarms, des Halses, sowie einige Ausschüttungen an der Stirne davon. Der Vater des Stillschreibers, der Kaufmann Hermann Hillig aus Badach, welcher durch seine Unvorsichtigkeit den Unfall herbeigeführt hatte, fand heute unter der Auflage der fahrlässigen Körperverletzung vor der Strafkammer. Diese verurteilte ihn zu 30 Mk. Geldstrafe.

Der Hausbürger Friedrich Wilhelm Strohm ist, wie sein umfangreiches Strafregister darthut, schon häufig mit den Gerichten in Berührung gekommen. Heute mußte er sich wieder einmal wegen Betrugs verantworten. Er hatte in den Monaten Februar und März hier dem Hausbürger Knoll den Betrag von 8 Mk. 50 Pf. und dem Kaufherr Weidner Darlehen in der Gesamthöhe von 70 Mk. abgeschwindelt. Der Angeklagte erhielt 6 Monate Gefängnis, abgültig 1 Monat Unterhofsarbeit.

Karlsruher Korrespondent des „Völkischen Beobachters“ Wechsung erziehen zu müssen. Wir lehnen es ab, gerade von diesem Herrn solche Behauptungen entgegenzunehmen, inwiefern er selbst sehr wenig Rücksicht auf die Formen des Taktges gegenüber dem politischen Gegner zu nehmen pflegt. Auf die spirituellen persönlichen Ansprüche dieses Herrn reagieren wir nicht. Man weiß, daß die Herren von der Demokratie immer dann am empfindlichsten zeigen, wenn sie selbst die Empfindung haben, daß ihr Verhalten nicht korrekt war. Das geht auch deutlich genug aus der sachlichen Begründung hervor, die der Korrespondent des „Völkischen Beobachters“ für die sonderbare Haltung der Demokratie bei den karlsruher Stadtverordnetenwahlen zu geben versucht. Während vor der Wahl gerade seitens der Redner des „Völkischen Beobachters“ die Bedeutung der Wahl mit allem Nachdruck herbegehoben wurde, will man davon jetzt natürlich nichts mehr wissen, denn die politische Bedeutung der Wahl schließt eo ipso eine politische Bedeutung der Wahl in der Lage des „Völkischen Beobachters“ in sich. Diese aber will man jetzt nicht gelten lassen. Wäre die Wahl zu Ungunsten der Sozialdemokratie ausgefallen, dann hätte man auch die Niederlage politisch frustriert, und der Karlsruher Korrespondent des „Völkischen Beobachters“ wäre der erste gewesen, der sich dazu herbeigelassen hätte.

Daß der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie hätte ein größerer sein können, haben wir selbst gleich nach der Wahl herbegehoben. Wir haben aber auch auf die Ursachen des geringen Stimmenzuwachses hingewiesen, was der Korrespondent des „Völkischen Beobachters“ bereitwilligst verkennt. Er könnte damit auch seine Parole machen, denn die Stimmzettelgeschichte war, man mag die Sache dreheln wie man will, nicht ganz fair. Warum hebt man auf demokratischer Seite nicht auf die Tatsache ab, daß der „Völkische Beobachter“ abgemessen hat, als die nationalliberal-freiwirtschaftliche Kandidaten bei früheren Stadtverordnetenwahlen und dies obwohl man alles aufgeben hat eine möglichst hohe Stimmzahl zu erzielen? Man sieht oben auf der gegenüberliegenden Seite das Namable der Niederlage des „Völkischen“ und sieht deshalb durch allerhand faule Ausreden die Situation zu verfeinern. Das Kammer der demokratischen Presse über unsere Kampfesweise beweist nur, daß sie sich nicht viel zu sagen weiß. Mebrigens haben die Demokraten gar keine Ursache, über die Formen unserer Kampfesweise sich zu entsetzen, am allerwenigsten der Karlsruher Beobachterskorrespondent. Der Herr mag sich gefälligst an der eigenen Nase zupfen. Zum politischen Anstandslehrer hat er den Verfassungsnachweis bis jetzt noch nicht erbracht.

Landtags-Kandidaturen. Für den Bezirk Durlach-Vand haben die Demokraten den bisherigen Vertreter dieses Wahlkreises, Sparfassenverwalter Doderer in Böhligen, wieder aufgestellt. Vorderer kandidiert für den „Völkischen“. Bei der letzten Reichstagswahl erhielten in diesem Bezirk die Sozialdemokraten 1807, das Zentrum 1139, die Nationalliberalen 1042, die Konservativen 552, die Demokraten 212 und die Freisinnigen 34 Stimmen. Der „Völkische“ hat also insgesamt 1286, Zentrum und Konervative zusammen 1594 Stimmen aufgebracht. Die Sozialdemokratie steht mit rund 200 Stimmen relativer Mehrheit an vorderster Stelle. Der „Völkische“ rangiert erst in dritter Reihe. Es ist demnach kaum anzunehmen, daß er diesen Wahlkreis zu behaupten vermag. Jedenfalls hat die Sozialdemokratie weit mehr Aussicht, diesen Bezirk zu erobern, als der „Völkische“, der kaum mit den Konservativen die Stimmenzahl der Sozialdemokratie erreicht.

Im Bezirk Offenburg-Vand wurde der frühere Präsident des badischen Bauernvereins, Morgenstaler, aufgestellt. Derselbe vertrat bisher den Bezirk Ettlingen.

Zu Fahr-Land präsentiert das Zentrum den Landwirt Wetterer von Oberhöpferheim.

Im 17. Bezirk Neustadt-Billingen präsentiert das Zentrum den bisherigen Abg. Duffner. Der Bezirk ist dem Zentrum sicher. Es erzielte bei der letzten Reichstagswahl 2958 Stimmen, gegen 1286 nationalliberale und 745 sozialdemokratische.

Für Eberbach-Dachsen kandidiert Deland Dieterle-Doggen. Derselbe hat früher schon den Landtag angehört.

Einen Arbeiter scheint die schwarze „Arbeiterpartei“ auch diesmal nicht aufstellen zu wollen. Um so mehr Geistliche wird das Zentrum in den Landtag schicken.

Christliche Nächstenliebe. Aus Konstanz schreibt man der „Frankf. Ztg.“: „Der sozialistische Stadtelemente Krohn hatte in der letzten Bürgerausführung gegen das Verhalten des katholischen Geistlichen im Krankenhaus an einem todkranken Arbeiter gegenüber Verleumdungen erhoben und einer Aufforderung von Zentrumsseite, Namen zu nennen, entsprochen. Darauf wurde die Mutter des Bauarbeiters Schreiber auf dem Bürgermeisterrat benannt. Sie gab zu Protokoll: Ihr etwa 19-jähriger Sohn habe im vorigen Jahre so schwerkrank im Spital gelegen, daß kaum noch Hoffnung für dessen Leben geblieben sei. Ihr Sohn habe deshalb nach dem Geistlichen verlangt, gebedet und kommuniziert. An jenem Tage habe sie im Krankenhaus den kooperativen Schmied er getroffen. Er habe sie getroffen und unter anderem gesagt, wenn ihr Sohn sterbe, so sei das nicht schlimm, er sei Schriftsetzer, und die meisten von diesen würden mit der Zeit Sozialdemokraten.“

Das ist für die Menschheit ein großer Verlust ist, wenn ein braver Arbeiter stirbt, möge er auch Sozialdemokrat sein, als wenn ein gefühlloser Konkubine in die Grube fährt, dessen politischer Konsumismus sich nicht einem blutenden Mutterherzen gegenüber keine Schranken auferlegt, darüber wird wohl kein rechtlich denkender Mensch auch nur eine Sekunde im Zweifel sein.

Deutsches Reich.

Das Erntessen des Staatsanwalts. Zum zweitenmal hat am Montag in Berlin der Prozeß gegen den „Vorwärts“ und die „Zeit am Montag“ wegen ihrer Wägenfeier Entschuldigungen begonnen. Zum zweitenmal haben die Verteidiger mit guten Gründen gegen die behauptete „Unruhrzeugung“ der Angeklagten Protest eingelegt, zum zweitenmal hat sich „die Vierte“ für zuständig erklärt. Staatsanwalt und Vorstehender fanden es diesmal angemessen, ohne viel weitere Umstände zu erklären, für die „Unruhrzeugung“ sei allein das pflichtgemäße Erntessen der Staatsanwaltschaft entscheidend. Gen. Kaliski, der jetzt der Firmenträger des Prozeßes ist, wird bekanntlich für einen einzigen Artikel verantwortlich gemacht und dieser einzige Artikel war obenverhört der „Zeit am Montag“ entnommen, steht also doppelt unter Anklage.

Das Berliner Organ der Nationalliberalen, das sonst auf dem „linken“ Flügel der Partei steht, schweigt heute schon, wie auf den Mund geschlagen, und wenn das freisinnige „Berliner Tageblatt“ die hamburgische Bürgerchaft anwirft, sie möge sich doch ja nicht von den bösen Wüsten verleiten lassen, so entschließt ihm dabei doch das kostbare freisinnige Gefühl, nötig sei die Verschlechterung des Wahlrechts schon deshalb nicht, weil gar keine Rede davon sein kann, daß in Hamburg das allgemeine Wahlrecht herrscht. Nach freisinnigem Kommen braucht man keine Großen mehr zu stellen, weil man die Kaiser schon gestohlen hat. Ja, wenn in Hamburg ein dem Reichstagswahlrecht nachgebildetes System bestände, dann würde sich auch das „Berliner Tageblatt“ erweichen lassen.

Das hamburgische Probestück des Liberalismus muß und wird dem ganzen deutschen Volke zur Warnung dienen. Den verschwärmten und vereinzelten Idealpolitikern des deutschen Bürgerturns, die von dem hörbaren Ruck nach links und dem Kartell der Linken träumen, ward ein nachdes brutales Faktum der bürgerlichen Realpolitik entgegengestellt. Feinde ringsum! Mag das Volk sich vorsetzen!

Ultramontane Erziehung.

Die von der ultramontanen Presse geführte Verfolgungswut der frommen Katholiken in Worms gegen die Zeugen im Prozeß Malsi, durch deren Aussagen die Taten des würdigen Pfaffen ans Licht kamen, steigert sich bis zum Wahnsinn. Eine grausame Gehe wird gegen die Hauptbelastungszeugen, die Mädchen Schmitt und Zimmermann, vonseiten der frommen Wormser Katholiken getrieben. Man mißgönnt den beiden Mädchen und ihren Angehörigen sogar das tägliche Brot!

Nicht nur, daß der Vater der Zimmermann, ein Schuhmachermeister, um seine Knudenschaft gebracht wurde; es ist den Hefern hinter den Kulissen nunmehr auch gelungen, die Schwidig Schmitt, die ihrer Mutter, einer Witwe, den letzten Lebensunterhalt erleichtern soll, aus ihrer Stellung in einem Wormser Geschäft zu verdrängen. Mit Bedauern und ganz gegen seinen Willen mußte der Geschäftsführer der betreffenden Firma das Mädchen am Montag fortzuschicken, wollte er nicht sein Geschäft aufs schwerste schädigen. In das Geschäft kamen täglich insbesondere Bauern aus den katholischen Ortsteilen der Umgegend und drohten, nicht mehr bei der Firma kaufen zu wollen, wenn das Mädchen nicht entlassen würde.

Und all dieser gemeingefährliche Terrorismus einer fanatisierten, blindgläubigen Volksmenge deshalb, weil infolge der Aussagen ein katholischer Geistlicher vielleicht ins Gefängnis wandern wird. Gätten die Kinder ungewohnte Aussagen gemacht und dadurch den Malsi vor dem Richter geschützt, die Gläubigen hätten nichts dawider gesagt.

Die Wahrheit ist's, die in den Mädchen und ihren Eltern verfolgt wird, die unbedingte Wahrheit!

Hus Baden.

Große Mühe geben sich die Nationalliberalen, um die Konservativen als Vorkämpfer vor ihren in den Sumpf geratenen Parteiwagen zu gewinnen. Die Demokraten sollten dagegen eigentlich Einspruch erheben, denn mit den Konservativen die Reaktion bekämpfen zu wollen, heißt den Teufel mit dem Belzebub austreiben wollen. Allein nach den Vorgängen bei der karlsruher Stadtverordnetenwahl ist kaum daran zu denken, daß die Demokraten gegen die Schwelmedeleien ihrer nationalliberalen Bundesbrüder gegenüber den Konservativen protestieren. Dazu fühlen die Demokraten sich schon gar nicht stark genug. Am Ende sind sie selber froh, wenn sie beispielsweise in Durlach-Land konservative Hilfe bekommen, denn auf Zentrumsstütze werden sie kaum zu hoffen haben, nachdem der „Völkische“ nur zu dem Zweck gegründet wurde, um die ultramontane Vorherrschafft einen Nigeln vorzuschleichen. Wie aber, wenn die famose Wochentatistik zu einer ultramontan-konservativen Vorherrschafft nicht nur, sondern zu einer ultramontan-konservativen absoluten Mehrheit führt? Diese Gefahr ist nämlich gar nicht zu gering anzuschlagen. Immer, als es der „Völkische“ getan, hätte es gar nicht gemacht werden können, um diese Gefahr heraufzubekommen. Wenn wirklich noch Aussicht bestand, dem Liberalismus seine einflussreiche Position von früher zurückzuerobern, so konnte es nur geschehen durch einen merklichen Aufbruch nach links und durch die Vereinbarung auf ein Minimum der Forderungen liberaler und demokratischer Forderungen, auf die jeder Kandidat sich verpflichten mußte. Mit einer Kandidatenliste von Demokraten, Freisinnigen, Jung- und Altkonservativen und Bauernbündlern kann man keine Wählermassen mobil machen, die einer politisch fortschrittlichen Politik huldig, zumal dann nicht, wenn man zu alledem noch die Konservativen als fünfte oder sechste im Bunde gewinnen will. Die Demokraten hätten vernünftiger getan, unter solchen Umständen lieber auf Mandate zu verzichten, zumal es unter jenen Verhältnissen ohnehin noch sehr fraglich ist, ob sie auf ihre Rechnung kommen. Wir haben begründete Ursache, daran sehr starke Zweifel zu haben.

Die Nationalliberalen verfallen immer wieder in ihre alten Fehler. Anstatt endlich einzusehen, daß sie den Niedergang ihrer Partei selbst verschuldet haben und aus dieser Tatsache die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen, loben sie ihre Kandidaten über den Schellenfening und glauben damit die Wähler für sich gewinnen zu können. Davon, wie sich die Herrschaften zu den liberalen Forderungen stellen, heißt man in ihren Versammlungsberichten nichts. Und doch ist das der springende Punkt, um den es sich bei den Wahlen handelt. Das Volk wählt doch nicht bloß, um den Herrn Gih, Kunz oder Müller nach Karlsruhe ins Nonnelt zu schicken, damit er 12 Mk. Diäten sich täglich durch ausdauerndes Sten vertribt, sondern um seinen Wünschen und Forderungen Geltung zu verschaffen. Schließlich glauben die Wähler um so weniger an die Vorgänge solcher Kandidaten, je mehr darauf abgehoben wird. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß, je politisch unbedeutender ein Kandidat ist, um so mehr die Nationalliberalen seine „sympathischen Eigenschaften“ betonen. Das politische Programm eines Kandidaten ist die Hauptsache und nicht seine persönlichen Eigenschaften. Nationalliberale Kandidaten, die nicht sympathisch sind, scheint es ja überhaupt gar nicht zu geben. Also lasse man doch diese abgemessenen Salbadereien, die erfahrungsgemäß nichts nützen.

Ueber die Formen des Taktges erlaubt uns der

